

Stellungnahme zu G20 in HH

Diesen Sommer bietet Hamburg mit den G20-Staaten einigen der wohl umstrittensten Vertretern der Weltpolitik eine Bühne mitten im Herzen der Hansestadt. Während Olaf Scholz die Entscheidung für Hamburg als Austragungsort für „eine gute Sache“ hält, formiert sich an vielen Stellen in Hamburg und darüber hinaus breiter und vielfältiger Widerstand. Auch wir als gewählte Vertreter*innen der Studierendenschaft sehen uns deshalb in der Pflicht, zu diesem Großereignis Stellung zu beziehen.

Die G20, sprich die 19 führenden Industrie - und Entwicklungsländer sowie die Europäische Union, versammeln sich (mindestens) einmal jährlich an wechselnden Orten zu informellen Treffen, um „Die globalen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern und zu gestalten[...]“¹.

Zu diesen Herausforderungen zählen für sie „neben der Stabilisierung der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte auch Geopolitische Konflikte, Terrorismus, Migrations- und Flüchtlingsbewegungen, Hunger, der voranschreitende Klimawandel und Pandemien.“²

Wir sind ebenso der Meinung, dass die hier aufgezählten Herausforderungen zu den größten und wichtigsten zählen und dringend bewältigt werden müssen.

Wir finden jedoch, dass globale Herausforderungen, die alle Länder weltweit betreffen, nur auf einer globalen Ebene gelöst werden können. Hierfür darf die Teilhabe nicht nur wirtschaftlich privilegierten Teilnehmern oder ihren handverlesenen Gästen ermöglicht werden, sondern es muss - wie beispielsweise im Rahmen der Vereinten Nationen versucht wird - allen Ländern gleichberechtigt eine Stimme gegeben werden.

Außerdem wissen wir aus der Vergangenheit, dass G20 Gipfel, trotz der propagierten hehren Ziele, nur selten mit greifbaren, geschweige denn hilfreichen Lösungen enden, denn hier versammeln sich vorrangig Länder und Institutionen, die - direkt oder indirekt, gemeinsam oder im Alleingang - für die Entstehung genau dieser Probleme verantwortlich zu machen sind, während die direkt Betroffenen höchstens eine untergeordnete Rolle spielen.

Sei es die 'Ukrainekrise', der 'Kampf gegen den Terror' im nahen Osten oder der Bürgerkrieg in Syrien. Dies sind nur die jüngsten Beispiel auf einer Liste, die man vermutlich noch beliebig fortsetzen könnte. Doch nicht nur in militärischen Konflikten sind die G20 omnipräsent, auch vereinigen sie zusammen circa 90% des Welthandels auf sich, was in der heutigen Welt eine kaum infrage zustellende Machtposition bedeutet.

¹ https://www.g20.org/Content/DE/_Anlagen/G7_G20/2016-g20-praesidentschaftspapier-de.pdf?__blob=publicationFile&v=5

² ebd

³ <http://www.attac.de/kampagnen/finanzmarktkrise/g20-proteste/g20-infos/>

Diese Machtposition festigen die G20, zu denen neofaschistoide, autokratische, diktatorische und totalitäre Staaten gehören, auch durch die indirekte Beteiligung an Konflikten.

Allein die 19 eigenständig vertretenen Länder – AU, APEC, ASEAN und den Rest der EU nicht eingerechnet – haben im letzten Jahr Rüstungsgüter im Wert von mindestens 1.365.340.000.000 USD produziert, dies sind 84% der weltweit produzierten Rüstungsgüter.

Wir finden, dass, wer für die Lösung bewaffneter Konflikte stehen will, diese Konflikte nicht zur selben Zeit mit Waffen versorgen kann.

Auch klimapolitisch wollen sich die G20 Herausforderungen stellen, die sie selbst verursacht haben. Denn sie selbst sind es, die für 75% der jährlich ausgestoßenen Treibhausgase verantwortlich sind.

Der Weg, um den dadurch verursachten Klimawandel und seine katastrophalen Folgen einzudämmen, wurde im als historisch gefeierten “Übereinkommen von Paris“ festgelegt. Expert*innen beschreiben das Abkommen jedoch nur als nicht ausreichenden kleinsten gemeinsamen Nenner, da viele Ziele und deren Umsetzung nur vage formuliert sind und Sanktionierungsmechanismen gänzlich fehlen.⁶

Weil das Übereinkommen dennoch von einigen der G20 Staaten nicht unterschrieben bzw. ratifiziert wurde glauben wir nicht, dass diese für eine entschiedene und wirksame Antwort auf den menschengemachten Klimawandel stehen.

Die Länder der G20, und stellvertretend Staatsoberhäupter mit einem fragwürdigen Demokratieverständnis wie Erdogan (Türkei), Putin (Russland), Salman (Saudi Arabien), Temer (Brasilien), Trump (USA), Xi (China), Zuma (Südafrika) etc., stehen somit nicht für eine gerechtere Welt von morgen, sondern für die Verteidigung des Status Quo und all seine Auswirkungen auf uns und den Rest der Welt.

Wir wenden uns gegen diesen Status Quo, der es zulässt, dass jeder neunte Mensch Hunger leiden muss, während einige wenige einen unermesslichen Reichtum ansammeln. Wir treten ein für eine Reform hin zu mehr sozialer Verantwortung und hin zu einer Weltwirtschaft, in der nicht die Reichen den Kuchen unter sich aufteilen, sondern die allen Menschen ein selbstbestimmtes und freies Leben ermöglicht.

Wir sehen Bildung als Grundvoraussetzung für ein solches Leben. Als Studierende einer Hochschule, die sich dem Humboldtschen Bildungsideal, welches eine allgemeine Menschenbildung für jedes Individuum anstrebt, verpflichtet fühlt, sehen wir es auch als Aufgabe eben dieser Hochschule Kompetenzen zu vermitteln, die es ermöglichen, dass jedes Individuum in unserer Gesellschaft selbstbestimmt an Politik und Gesellschaft, Kultur und Ökonomie teilnehmen kann. Dies sollte, neben den bereits bestehenden Angeboten, auch durch Veranstaltungen geschehen, die sich auf aktuelle

⁴ <https://www.sipri.org/sites/default/files/Milex-constant-USD.pdf>

⁵ <http://www.zeit.de/wissen/2016-08/klimapolitik-g20-kohle-co2-emissionen-studie>

⁶ <https://www.theguardian.com/environment/2015/dec/14/paris-climate-change-deal-cop21-oxfam-actionaid>

Geschehnisse und Thematiken beziehen. Hierfür sollte die TUHH sowohl eigene Konzepte ausarbeiten, als auch engagierte Studierende in jeder Hinsicht unterstützen, denn die Bildung jedes einzelnen Menschen, ist die Bedingung zu einer höher- und weiterentwickelteren, sowie aufgeklärteren Gesellschaft.

Als Veranstaltungsort für den Gipfel 2017 wurden die Messehallen in Hamburg gewählt. Gelegen in zentralster Innenstadtlage, in nächster Nähe zu Wohngebieten und “ nur einen Steinwurf entfernt“ (Stern) von mehreren linken Zentren, dem Karo - Viertel, dem Gängeviertel und der Schanze, stößt diese Entscheidung nicht nur bei den Anwohner*innen, die sich auf ein Leben im militärisch anmutenden Sperrgebiet einstellen müssen, auf Unverständnis, sondern wird auch die Kosten für Sicherheitsmaßnahmen in die Höhe treiben und mit der Einschränkung weitestgehender Freiheiten der AnwohnerInnen und der Behinderung des täglichen städtischen Lebens – schon weit vor dem Gipfel – enden.

Im Rahmen des G20 Gipfels, und der damit verbundenen Proteste, steht uns Hamburgern eine Neuauflage der 2014 zu trauriger Berühmtheit gelangten Gefahrengebiete bevor. Trotz der von vielen Seiten, darunter dem Datenschutzbeauftragten und dem höchsten Gericht (OVG), zweifellos festgestellten Verfassungswidrigkeit hält die Hamburger Polizei weiter an dieser Praxis fest. Wir befürchten daher, dass es im Rahmen des G20 Gipfels, neben der bereits fest eingeplanten Sperrzone, in der ein normales Leben der Anwohner*innen unmöglich ist – so wurden z.B. 2009 den Bewohner*innen eines Hochhauses mit Blick auf das Tagungsgelände verboten, sich in den, dem Gelände zugewandten Zimmern aufzuhalten, während die Polizei das gesamte Gebäude in einen ‘Belagerungszustand‘ versetzte⁷ -, wieder zur Ausrufung flächendeckender Gefahrengebieten kommen wird.

Aussagen über die Höhe der Kosten sind allenfalls vage, deren Verteilung wird, mit dem Hinweis auf noch laufende Gespräche, gänzlich ausgeklammert.⁸

Wir finden jedoch, dass die Finanzierung von Großereignissen einer maximalen Transparenz bedarf, denn, die Erfahrungen vorangegangener Gipfel legen nahe, dass die Kosten im oberen dreistelligen Millionenbereich liegen und größtenteils an der Stadt Hamburg hängen bleiben werden . In Heiligendamm, dem letzten großen internationalen Gipfel auf deutschem Boden, beispielsweise übernahm der Bund nur knapp ein Viertel der Kosten⁹. Was dies für die chronisch verschuldete Stadt Hamburg, die durch ihre schwierige finanzielle Lage in der Vergangenheit zum Beispiel Einsparungen im sozialen oder im Bildungsbereich begründet hatte, bedeuten würde, liegt auf der Hand.

⁷ <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article157792968/G-20-Gipfel-in-Hamburg-stellt-alles-in-den-Schatten.html>

⁸ <https://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/56751/g20-%E2%80%93-sicherheitskosten.pdf>

⁹ http://www.focus.de/politik/deutschland/g8-gipfel/g8_aid_63193.html

Wir als Student*innen und Bürger*innen dieser Stadt können und dürfen es nicht kommentarlos zulassen, dass für ein paar prestigeträchtige Fotos mit den Mächtigen dieser Welt bald in Hamburg wieder der Rotstift angesetzt werden muss. Wir rufen daher alle Student*innen auf, sich selbst eine eigene Meinung zu bilden, die Notwendigkeit dieses Gipfels kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls die vielfältigen Möglichkeiten für zivilgesellschaftliches Engagement rund um den G20-Gipfel - und darüber hinaus - zu nutzen.